

Den Wasserhahn zu öffnen, zu trinken und dabei sicher zu sein, dass Qualität und Menge jederzeit stimmen, ist heute in Deutschland eine Selbstverständlichkeit. Diese hohe Versorgungssicherheit und -qualität gewährleisten die Wasserversorgungsunternehmen. In Landshut hat die kommunale Trinkwasserversorgung im Jahr 1887 begonnen. Anlässlich des 130. Jubiläums haben wir in einer Serie beschrieben, wie sich die Wasserversorgung in Landshut seit dem 19. Jahrhundert hin zu den einschlägigen, modernen Einrichtungen der Stadtwerke bis heute entwickelt haben. Mit der Betrachtung aktueller Entwicklungen endet die Serie. Teil IV: Gefährden Abkommen die Wasserversorgung in Europa?

# Wasser ist ein Menschenrecht

## Vom Sinn der kommunalen Wasserversorgung

Die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Wasser ist eine der wichtigen öffentlichen Aufgaben der Kommunen in Deutschland. Sie ist, so wie beispielsweise auch die Strom- und Gasversorgung oder der Öffentliche Personen-Nahverkehr, Teil der sogenannten Daseinsvorsorge, für die die örtlichen Stadtwerke stehen.

Beim Umgang mit diesem bedeutenden Lebensmittel Wasser kommen in Landshut 130 Jahre Erfahrung zusammen: ein unschlagbarer Vor-Ort-Vorteil hinsichtlich der Versorgung aller Einwohner mit dieser lebenswichtigen Ressource.

### BEVÖLKERUNG IST GEGEN PRIVATISIERUNG

In Deutschland gibt es rund 6.000 Trinkwasserversorger: Deren Organisation legte Wert auf eine kundennahe, dezentrale Ausrichtung. Die regionale Wasserversorgung durch die Städte und Gemeinden hat eine lange Tradition im Land. Auch deshalb, weil sie funktioniert und erfolgreich ist. Weshalb der immer mal wieder unternommene Versuch, die Wasserversorgung zu privatisieren, oft am deutlichen Widerstand der Bevölkerung scheitert.

Wasser gilt in den Augen vieler nicht als Handelsobjekt des freien Marktes. Dieses Gefühl hat seine Wurzeln im uralten römischen Recht. Man spricht da von den „res communes omnium“, also den allen gemeinsam gehörenden Sachen. Der Umwelthistoriker Joachim Radkau fasst das in einem Satz zusammen: „Die

flüssige Natur des Wassers hat es stets erschwert, aus ihm ein privates Eigentum zu machen.“

Dennoch: Eine Konzessionsrichtlinie der EU hatte im Jahr 2013 eine Privatisierung der Wasserversorgung vorgesehen. Aber auch hier war der Widerstand groß. Eine Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ hatte sich gegen dieses Vorhaben ausgesprochen – mit mehr als 1,5 Millionen Unterschriften.

Auch die Städte und Gemeinden waren in ihrer Mehrheit gegen das Ansinnen. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Gerd Landsberg sagte damals: „Die kommunale Verantwortung bei der Wasserversorgung gewährleistet hohe Qualität im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und ist deswegen schützenswert. Gerade Wasser ist kein normales Wirtschaftsgut, sondern als öffentliches Gut lebensnotwendig für die Bürger. Die ureigenen kommunalen Leistungen sind ihrer Natur nach anders zu beurteilen als etwa der Betrieb eines Parkplatzes.“ Aufgrund dieses Drucks nahm der zuständige EU-Kommissar Michel Barnier die Wasserversorgung schließlich aus der Konzessionsrichtlinie heraus.

In anderen Ländern Europas und der Welt war dagegen die Privatisierung der Wasserversorgung schon vorher weit vorangeschritten – wird aber hier und da heute schon wieder zurückgenommen. Weil's nicht so richtig klappt mit den

Privaten. Denn zwar sagt man ihnen mehr Wirtschaftlichkeit und Effizienz nach. Aber das ist so zumindest in den Industrieländern gar nicht nachweisbar. Stattdessen lässt sich beispielsweise in Großbritannien beobachten, dass das Gewinnstreben der privaten Versorger oft zu gravierenden Nachteilen bei der Nachrüstung maroder Rohrleitungen geführt hat. Die englische Tageszeitung „Daily Mail“ titelte am 11. Juli 1994: „Der große Wasserraubzug“.

### GEWINNSTREBEN FÜHRT OFT ZU GRAVIERENDEN NACHTEILEN

Es zeigte sich: Was in den Kalkulationen, die den Behörden vorgelegt wurden, als Investition deklariert war, floss zum großen Teil stattdessen heimlich direkt in den Gewinn. Das „hatte den fatalen Effekt, dass die Leitungen und übrigen Anlagen nicht ausreichend gewartet und erneuert wurden. Die Gewinne wurden für hohe Dividenden, üppige Managergehälter und die internationale Ausweitung der Geschäftsaktivitäten genutzt“, war im Jahr 2006 in der Schriftenreihe „Aus Politik und Zeitgeschehen“ der Bundeszentrale für politische Bildung zu lesen.

Als Berlin im Jahr 1989 seine Wasserversorgung (teil-)privatisierte, wurden auch dort schnell Nachteile dieser Entscheidung sichtbar. Auch wegen hoher zugesagter Gewinn Garantien für die Käufer sind die Wassergebühren schnell gestiegen, versprochene Investitionen seien kaum getätigt worden, steht in diversen Presseberichten geschrieben.

Dann, in den Jahren 2012 und 2013, reagierte das Land Berlin und kaufte seine Wasserversorgung zurück.

### WASSER IST DAS ESSBESTECK EINER KOMMUNE

Eine Entwicklung, die auch andernorts zu sehen ist: In Deutschland wird nicht selten dort, wo die Wasserversorgung privatisiert worden war, zurückgerudert. Und dies auch, weil man erkannt hat, wie sinnvoll es ist, dass das Versorgungsunternehmen mit all seiner Wirtschaftskraft möglichst vor Ort sein und bleiben sollte. Denn Wasser ist, so ein gängiges Diktum, nicht das Tafelsilber, sondern das Essbesteck der Kommune.

Wenn die Wasserversorgung in den Händen von kommunalen Versorgern vor Ort ist, können Ressourcenschutz und Ressourcennutz Hand in Hand gehen. In Landshut kaufte beispielsweise der Stadtmagistrat schon im Jahr 1836 den Hofgarten, durch den man heute noch lustwandeln kann. Zu den Gründen dieses Kaufs gehörten auch die Wasserquellen am Hang vor Bebauung zu schützen. Denn von dort bezogen damals die Stadtbewohner ihr Wasser. Und auch heute liegt das Pumpwerk Siebensee, das die Hauptquelle für die Wasserversorgung der Stadt ist, inmitten eines Wasserschutzbereichs. Das hat die Stadt im Jahr 2004 festgelegt. (ch)



Pumpwerk Siebensee in den Isarauen